



Kulturausschuss

5. Sitzung (nichtöffentlicher Teil)^{*)}

10. Januar 2001

Düsseldorf - Haus des Landtags

14.00 Uhr bis 14.50 Uhr (TOP 1)

15.45 Uhr bis 16.15 Uhr (TOP 3)

Vorsitz: Dr. Renate Düttmann-Braun (CDU)

Stenografin: Eva-Maria Bartylla

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:	Seite
1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001)	1
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 13/400 Zuständigkeitsbereich des Ausschusses <u>in Verbindung mit</u>	

^{*)} öffentlicher Teil mit TOP 2 siehe APr 13/151

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2001 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2001

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/402

Zuständigkeitsbereich des Ausschusses (§ 24, § 25, § 29 und Anlage 7)

Aussprache zum Einführungsbericht der Landesregierung vom 13.12.2000

- Diskussion

3 Kultur im Industrieraum

7

hier: Ruhrgebiets-Triennale

Vorlage 13/354

- Bericht von Minister Dr. Michael Vesper (MSWKS)

- Diskussion

Aus der Diskussion

1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/400

Zuständigkeitsbereich des Ausschusses

in Verbindung mit

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2001 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2001

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/402

Zuständigkeitsbereich des Ausschusses (§ 24, § 25, § 29 und Anlage 7)

Aussprache zum Einführungsbericht der Landesregierung vom 13.12.2000

Vorsitzende Dr. Renate Düttmann-Braun erinnert an die Unklarheit in der letzten Sitzung, wie der Ausschuss mit dem Kapitel 02 200, dem Medienkapitel, umgehen solle. Da sowohl der Medienausschuss als auch der Kulturausschuss jeweils nur mitberatend tätig würden, sei es dem Kulturausschuss unbenommen, über die einzelnen Haushaltsansätze zu diskutieren, wenn er das wolle. Sie habe aber eine Bitte: Wenn es in diesem Bereich zu Änderungsanträgen komme, halte sie es für angemessen, diese Anträge im Medienausschuss zu stellen. Über den Medienausschuss würden sie dann dem Haushalts- und Finanzausschuss zugeleitet.

Minister Dr. Michael Vesper (MSWKS) teilt mit, dass das Kabinett am Vortag über eine Ergänzungsvorlage beschlossen habe. Im Rahmen dieser Ergänzungsvorlage habe das Kabinett insbesondere eine Veränderung im Kulturhaushalt vorgenommen. Bei Titel 653 62 komme 1 Million DM hinzu, um den Fonds für zeitgenössisches Musiktheater zu gründen. Gemeinsam mit dem Kultursekretariat solle der Fonds dann auf 2 Millionen DM aufgestockt werden. Dieser Fonds solle nicht zulasten des Bestehenden gehen. Im Haushalt stehe unverändert "Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände". Die Aufstockung erfolge intern.

Trotz der schwierigen Haushaltslage sei es gelungen, den Kulturhaushalt unter dem Strich um 6 % zu steigern. Das halte er für eine hervorragende Ausgangsposition. In der Regel sei es gelungen, die Ansätze mindestens zu überrollen. Dass in diesem Jahr keine großen Sprünge gemacht werden könnten, sei bekannt. Das habe er auch öffentlich immer wieder gesagt.

Richard Blömer (CDU) weist darauf hin, dass NRW trotz der Verbesserungen im Kulturhaushalt im Vergleich mit den Flächenstaaten doch weit zurückliege. Was den prozentualen Anteil der Kulturausgaben am Gesamthaushalt betreffe, liege NRW allenfalls im Mittelfeld der Bundesländer hinter Bayern, Baden-Württemberg und sogar Thüringen.

Die CDU begrüße, dass zusätzlich 1 Million DM ausgegeben werde. Das sei zwar durchaus beachtenswert, aber komme natürlich nicht den theatertragenden Städten zugute, die dringend darauf angewiesen seien. Er verweise etwa auf Wuppertal.

Er bitte den Minister, noch einmal im Einzelnen zu erläutern, wie es sich mit der Planungssicherheit des Landesmusikrates bezüglich der Zuweisungen aus der Oddset-Wette verhalte.

Die CDU wolle sich zwar neutral der regionalen Kulturförderung zuwenden, aber sie wolle schon wissen, wie viele und welche der geförderten Projekte tatsächlich dauerhaft weiterliefen und welche - warum auch immer - wieder verschwunden seien. Ziel der regionalen Kulturförderung sei ja immer gewesen, nur eine Anschubfinanzierung von Projekten vorzunehmen und sie dann über andere Finanzierungsmöglichkeiten auch stabil zu halten. Eine Übersicht über die Überlebensdauer der Projekte gehöre zu einer realistischen Beurteilung des Erfolges der regionalen Kulturförderung.

Dr. Bernd Brunemeier (SPD) ist ebenfalls an einem Bericht über den Erfolg der Projekte interessiert.

Es komme aber auf die Grundeinstellung an. Wenn etwas Neues angeschoben werde, werde das nicht immer Erfolg haben. Das hänge auch davon ab, wie mutig man neue Dinge anpacke. In der Kultur sollte man auch dann den Mut zu Neuem haben, wenn man die Dauerhaftigkeit des Projekts am Anfang noch nicht einschätzen könne. Kulturelle Lebendigkeit und Vielfalt lebe ja auch von diesem Mut. Für die immerhin neutrale Haltung der CDU sei er dankbar, aber die SPD habe eine positivere Einstellung zur regionalen Kulturförderung. Ein bisschen Misserfolg müsse bei kultureller Modernität ruhig auch erlaubt sein. Mangelnde Risikobereitschaft sei kulturpolitisch keine günstige Einstellung.

Es müsse immer auch der Rahmen des überhaupt Möglichen gesehen werden. Die Steigerungsrate des Kulturansatzes müsse mit den Steigerungsraten des Gesamthaushalts verglichen werden. Nur so lasse sich der Kulturetat angemessen beurteilen. Bei der Aufstellung des Haushaltsplans habe man sich bemüht, den Kulturhaushalt von Belastungen auszunehmen. Darin drücke sich eine Werthaltung gegenüber dem Kulturetat aus. Und für diese Bewertung des Kulturetats bei der Aufstellung des Gesamthaushalts sei er dankbar.

Ein Vergleich mache nur Sinn, wenn auch Vergleichbares zusammengetragen werde. Dazu gehöre nicht nur die unterschiedliche Finanzkraftentwicklung, sondern auch die verschiedenen Arten der Kulturfinanzierung in den einzelnen Ländern. Die Kultureinrichtungen finanzierten sich nun keineswegs allein über den Landeshaushalt, sondern aus verschiedenen Quellen. Dazu gehörten auch die Gemeinden. Und Nordrhein-Westfalen habe traditionell keine schlechte Gemeindefinanzierung. Es dürften nicht nur die Landesausgaben verglichen werden.

Er kenne diese Vergleichsaufstellung im Übrigen nicht. Wenn die CDU zusammenstelle, wer welchen Beitrag zu der gemeinsamen Aufgabe, die Kulturlandschaft zu finanzieren, leiste,

dann werde sie nicht mehr so leicht sagen können, dass NRW hinter den anderen Ländern zurückliege. Der Sachverhalt sei etwas komplizierter. Er plädiere dafür, in dieser Hinsicht keine negativen Signale in die Welt zu setzen.

Riesig sei der Kulturetat ja nie gewesen. Auch eine Oppositionsfraktion dürfe sagen, dass der Kulturetat trotz der schwierigen Haushaltslage noch relativ gut weggekommen sei.

Oliver Keymis (GRÜNE) führt aus, er habe im Radio eine interessante Sendung über die schwierige Theatersituation in Thüringen gehört. Mit Erschrecken habe er gehört, dass die Belegschaft eines Theaters sogar auf Gehaltssteigerungen verzichte. In einer solchen Situation befinde sich Nordrhein-Westfalen zum Glück noch nicht. Insofern meine er, man solle sich von solchen Vergleichen besser nicht so beeindrucken lassen.

Viel wesentlicher und erfreulich sei, dass der Kulturhaushalt in diesem Land sogar eine leichte Erhöhung erfahren habe. Das halte er angesichts der angespannten Haushaltslage für sehr beachtlich. Er freue sich auch über die 1 Million DM mehr für die zeitgenössische Musik. Das zeitgenössische Musiktheater habe es nämlich sehr schwer an den Bühnen.

Scheitern sei der Kunst immanent. Zu jedem künstlerischen Prozess gehöre das Bewusstsein eines möglichen Misserfolgs. Das sei oft auch mit finanziellen Mitteln verbunden. Bei der Kulturförderung gehe es nicht um eine Förderung, die sich am Ende rechne. Er plädiere in dieser Hinsicht für Offenheit.

Köln stehe in der Liste der attraktivsten deutschen Großstädte auf Platz 2. Und die entscheidenden Bewertungskriterien seien die Kultur- und Freizeitangebote einer Stadt gewesen. Das belege die Bedeutung großzügiger Ausgaben in diesem Bereich - nicht nur in Köln, sondern auch für NRW.

Brigitte Capune-Kitka (F.D.P.) begrüßt die Steigerung des Kulturhaushalts um 6%. - Ihr sei aber aufgefallen, dass der Zuschuss an Gemeinden für Orchester um 200.000 DM reduziert worden sei.

Minister Dr. Vesper betont, das Land NRW gebe für seine Kultur und seine Theater nicht wenig Geld aus. Für die Theater würden nicht nur die 33 Millionen DM der Titelgruppe 62 ausgegeben. Das Schauspielhaus Düsseldorf und die Landestheater und die freien Theater kämen hinzu. Insgesamt würden aus diesem Haushalt knapp 80 Millionen DM für die Theater ausgegeben.

Hinzu kämen die Ausgaben der Gemeinden. Und die Gemeinden leisteten ihre Ausgaben ja aus den Mitteln der Gemeindefinanzierung, die sie aus dem Landeshaushalt erhielten. So sehe das System aus. Die Leistungen der Gemeinden für die Theater summierten sich zu einem Betrag von etwa 600 Millionen DM jährlich.

Im Vergleich mit anderen Ländern stehe NRW nicht schlecht da. Kein anderes Land verfüge über eine solche Vielfalt und Dichte in der Theaterlandschaft wie Nordrhein-Westfalen.

Die 1 Million DM - um eine weitere Million DM ergänzt - gehe auch an die theatertragenden Städte. Dieses Geld werde gezahlt für bestimmte zeitgenössische Musiktheaterproduktionen, beispielsweise für das Schreiben solcher Produktionen, für besonders schwierige Aufführungen oder für besondere Risiken in diesem Bereich. Und das finde ja an den Theatern statt, die von den Städten getragen würden. Insofern gehe das letztlich natürlich über die Städte.

Im Rahmen der zweiten Ergänzungsvorlage, die die Landesregierung Anfang Februar 2001 beschließen werde, werde sie einen Vorschlag zur Verteilung der Erträge aus der Oddset-Wette machen. Die Mittel des Jahres 2000 seien im Haushalt 2000 verteilt. Die Kultur sei dabei nicht schlecht bedacht worden. Auch in der neuen Verteilung werde sowohl für die Breitenkultur als auch für die Spitzenkultur etwas getan werden. Er bitte aber um Verständnis dafür, dass er noch keine Zahlen nennen könne. Es fänden noch Verhandlungen statt, weil es natürlich gegenläufige Interessen gebe.

Das Prinzip der regionalen Kulturförderung sehe ja gerade die Anschubförderung und keine Dauerförderung vor. Zur Anschubförderung gehöre auch das Risiko, dass gelegentlich das eine oder andere "in die Hose gehe". Das müsse man einkalkulieren. Generell sei seines Erachtens mit der Anschubförderung Erhebliches geleistet worden. Acht Regionen würden insgesamt drei Jahre gefördert. Viele Erfolge ließen sich aufzählen. Es gehe darum, Anstöße zu unterstützen. Aber die Anstöße müssten aus den Regionen selber getragen werden. Nur dann mache es Sinn.

Im Kulturhaushalt habe auch ein Konsolidierungsbeitrag erbracht werden müssen. Von 29 Millionen DM Zuschuss für die Orchester seien 200.000 DM gekürzt worden. Diese Kürzung sei gering und werde aufgefangen.

Auf eine Bitte von **Brigitte Capune-Kitka (F.D.P.)** erläutert **MR Feldkötter (StK)**, die Mittel für kulturelle Beziehungen zu Benelux seien im Einzelplan 02 Kapitel 02 030 veranschlagt. Der Titel 684 50 sei in der Tat von 550.000 DM um 475.000 DM auf 75.000 DM reduziert worden. Dieser Titel müsse aber im Kontext mit dem Titel 534 30 gesehen werden. Dort finde sich eine Mehrausgabe von 350.000 DM. Wenn diese beiden Ausgaben zusammengerechnet würden, ergebe sich eine Verminderung um 125.000 DM. Das reiche aus, um die geplanten Vorhaben zu finanzieren.

Die Unterscheidung der beiden Titel sei rein haushaltstechnischer Art. Bei dem 6er-Titel würden Zuschüsse an Dritte gewährt für Maßnahmen, die die Dritten selbst durchführten. Bei dem jetzt prioritär bedienten Titel 534 30 führe die Staatskanzlei selber die Maßnahmen durch bzw. erteile entsprechende Aufträge.

Richard Blömer (CDU) räumt ein, dass Anschubfinanzierung natürlich mit dem Risiko verbunden sei, dass etwas scheitere. Aber bei der Anschubfinanzierung von neuen Strukturen oder neuen Projekten könne auch versucht werden, sie im Förderungsprozess mit der lokalen Förderung und Politik zu vernetzen. Bei der Förderung eines vernünftigen neuen Projekts mache es ja Sinn, dass dieses Projekt langfristig von der jeweiligen Kommune übernommen

und mit gefördert werde. Das finde vielfach aber nicht statt, und dann scheiterten solche Projekte auch. Daran müsse seiner Meinung nach gearbeitet werden.

Deshalb halte er die erbetene Aufstellung zur Überlebensdauer der bisher geförderten Projekte auch für notwendig, um möglicherweise Schwachstellen in dem Konzept erkennen zu können.

Er bitte außerdem um eine Aufstellung der Projekte, die in diesem Jahr gefördert werden sollten.

Der **Minister** sagt zu, dem Ausschuss eine Aufstellung darüber zu geben, welche Projekte das Ministerium in diesem Jahr fördern wolle - aber erst wenn der Haushalt verabschiedet sei.

Natürlich sei es um jedes Projekt, das über die Anschubphase nicht hinauskomme, schade. Bei der Einführung eines solchen Instruments könne aber einfach nicht verlangt werden, dass 100 % der Projekte weiterliefen. Das gehe nicht.

Auf eine ergänzende Nachfrage von **Manfred Palmen (CDU)** gibt **Minister Dr. Vesper** Auskunft, die 5 Millionen DM, die bei der Titelgruppe 60 - Musikpflege und Musikerziehung - im Nachtrag 2000 hinzugekommen seien, würden weitgehend an den Landesmusikrat weitergeleitet. Die geringe Kürzung um 200.000 DM bei den Orchestern sei sicherlich durch diese Zuwendung auffangbar. Dass aus der Oddset-Wette wiederum ein Betrag in diesen Bereich fließen werde, sei zugesagt. Die Höhe des Betrags könne er aber jetzt naturgemäß noch nicht zusagen. Über die Verteilung der Mittel werde ja noch gesprochen. Im Übrigen seien die Einnahmen aus der Oddset-Wette auch eher etwas rückläufig. Die Summe dessen, was insgesamt zu verteilen sei, müsse erst einmal festgestellt werden.

LMR Landmann (MSWKS) weist darauf hin, dass in der Regionalen Kulturpolitik sehr viele Projekte von vornherein nicht auf Dauer angelegt seien. Das Ministerium fördere Vernetzungsprojekte usw., die nur einmal stattfänden. Im nächsten Jahr finde dann ein anderes Projekt statt. Ein großer Teil der geförderten Projekte sei von diesem Charakter.

Er gebe zu - das sei aber kein Problem der regionalen Kulturförderung, sondern ein generelles Problem der Kulturförderung -, dass es in der heutigen Zeit ganz klar schwierig sei, neue dauerhafte Projekte auf den Weg zu bringen. Das sei eigentlich das Schwierigste, was man sich zurzeit vornehmen könne. Das gelte in allen Bereichen.

Ein anderer Typus von Projekten sei für eine begrenzte Zeit dauerhaft. In diesen Fällen sei die Förderung von vornherein auf zwei oder drei Jahre angelegt. Oft bestehe der Sinn darin, dass Strukturen entstünden, die dann dauerhaft fortwirkten, obwohl dieses Projekt selbst vielleicht nicht fortgesetzt werde.

Es gebe auch eine gewisse Anzahl von Projekten, die wirklich den ausgesprochenen Charakter der Anschubförderung gehabt hätten. Die Büros seien von vornherein so angelegt gewesen, dass die Region sie dann allein weitertrage. An sich handele es sich um zehn Regionen. Der Minister habe eben von den acht Regionen gesprochen, in denen solche Büros existierten. Er

sei optimistisch, dass die meisten dieser acht Büros in irgendeiner Form fortgeführt werden könnten. Manchmal müsse möglicherweise etwas zurückgeschraubt werden, damit sie realistisch fortgeführt werden könnten. Aber er gehe davon aus, dass das in den meisten Regionen letztlich gelinge.

Es werde überlegt, die Büros mit einem kleinen Sockelbetrag auch weiterhin zu unterstützen. Das zeige die Partnerschaft zwischen diesen Regionen und dem Land. Den wesentlichen Beitrag für die Büros müssten die Regionen selber leisten. Das Land sollte sich aber seiner Meinung nach nicht gänzlich aus der Förderung zurückziehen. Eine weitere geringe Unterstützung habe sich bereits als psychologisch günstig herausgestellt.

Ein paar Projekte, die das Land habe anschieben wollen, seien von vornherein auf Dauer angelegt gewesen. Dabei habe man die Erfahrung gemacht, dass es drei Gruppen gebe.

Bei der ersten Gruppe sei gemeinsam mit den Partnern in den Regionen ein Projekt angeschoben worden, aber es erweise sich, dass sich das Projekt nicht fortführen lasse. Entweder es gehe nicht oder es sei auch gar nicht gewollt. Man könne ja nach der Anschubphase auch zu dem Ergebnis kommen, dass andere Dinge jetzt wichtiger seien.

Bei der zweiten Gruppe handele es sich um Projekte, die die Region gern fortführen wolle, aber ohne das Land könne die Finanzierung realistisch auf Dauer nicht geleistet werden. Manchmal seien dies ganz tolle Projekte, die das Ministerium wahnsinnig gern fortführen wolle, z. B. im Bereich Jugendkultur. Bei der Jugendkultur sei es für die Gemeinden besonders schwierig, das notwendige Geld aufzubringen.

Das Ministerium überlege deshalb auch, ob es nicht wenige ausgewählte ganz besonders gute Projekte der regionalen Kooperation geben könnte, bei denen das Land in eine dauerhafte Förderung einsteige. Das dürfe in dem großen Topf der Regionalen Kulturpolitik natürlich immer nur ein Sockel bleiben. Bei wirklich erstklassigen angestoßenen Projekten, bei denen die Region auch bereit sei, sich zu engagieren, es ohne das Land aber tatsächlich nicht gehe, sei seiner Ansicht nach doch über eine Dauerförderung nachzudenken. Das gelte aber nur für besondere einzelne Fälle.

Die dritte Gruppe umfasse ein paar Projekte, die wirklich einfach gescheitert seien.

Er könne in dieser Differenzierung gern eine Aufstellung machen und ein paar Beispiele für die Gruppen nennen.

Ein großer Teil der Förderung sei in der Tat eine Projektförderung. Deren Bedeutung liege in der generellen strukturellen Wirkung in der Region. Kooperationen entstünden. Museen verwirklichten gemeinsam Ausstellungsprojekte. Das seien zwar keine Dauerprojekte, aber es entstehe eine dauerhafte sinnvolle Struktur in der Region.

Brigitte Capune-Kitka (F.D.P.) hält eine Evaluation der regionalen Kulturförderung für sehr wichtig, um zu sehen, welche neuen Projekte überhaupt in Zukunft förderungswürdig seien. Außerdem könne den Leuten, die eine Förderung beantragen wollten, gesagt werden, welche Kriterien sie erfüllen müssten und welche Projekte sich nicht lohnten. Nach zwei oder drei Jahren könne überprüft werden, was Sinn mache und was nicht.

Dann könne eventuell auch darüber nachgedacht werden, grundsätzlich in der Kulturförderung des Landes, auch was die Gemeinden angehe, die Mittel in ihrer Zweckbestimmung einzugrenzen und nur ganz bestimmten Projekten zuzuführen.

3 Kultur im Industrieraum **hier: Ruhrgebiets-Triennale**

Vorlage 13/354

Minister Dr. Michael Vesper (MSWKS) berichtet:

Sie haben das Papier "Kultur im Industrieraum" bekommen. Aus diesem Papier geht ja das Wesentliche hervor. Wir wollen einen kulturellen Aufbruch. Wir meinen, dass das Ruhrgebiet die richtige Gebietskulisse für diesen kulturellen Aufbruch ist. Wir haben die Absicht, Geld in die Hand zu nehmen, um das zu realisieren. Wir haben einen künstlerischen Leiter von Weltformat gewonnen: Gérard Mortier. Wir können wirklich stolz darauf sein, dass uns das gelungen ist. Ich möchte ganz besonders den Mitarbeitern danken, die dabei mitgeholfen haben, insbesondere Herrn Landmann, aber auch Herrn Kral und anderen, die das durch monatelange Kontakte ermöglicht haben. Auch ich habe oft mit Gérard Mortier gesprochen. Wir können wirklich sehr froh sein, dass das gelungen ist.

Wir wollen dieses Festival so organisieren, dass es eben nicht der eine Paukenschlag ist, der alle drei Jahre passiert. Wir wollen eine dauerhafte Aktivität entfalten, die auch auf die anderen Regionen des Landes ausstrahlt. Ich bin fest davon überzeugt, dass dies bei dieser künstlerischen Leitung und bei der Konzeption, die jetzt im Einzelnen erarbeitet wird, gelingen wird.

Die öffentliche Resonanz und auch die Resonanz bei den Theaterleuten im Ruhrgebiet ist durchweg positiv. An dem Tag, als wir das öffentlich vorgestellt haben, haben wir auch sämtliche Intendanten und Leiter der Theater und auch sämtliche Kulturdezernenten des Ruhrgebiets eingeladen. Wir haben ein langes Gespräch mit Gérard Mortier und auch mit dem Ministerpräsidenten, der voll und ganz hinter dem Vorhaben steht, geführt. Die Reaktionen in diesem Gespräch waren selbst für mich überraschend positiv.

Wir wollen dies alles abwickeln - damit sind wir wieder bei einem Thema auch der Expertenkommission - über die Kultur Ruhr GmbH. Damit signalisieren wir auch, dass wir das mit der Region gemeinsam tun wollen.

Die Kultur Ruhr GmbH soll wie folgt strukturiert werden: 51 % der Anteile soll die Projekt Ruhr GmbH - zu 100 % eine Tochter des Landes - übernehmen. Die restlichen 49 % sollen zwischen der kommunalen Seite, der Wirtschaft und den Gewerkschaften aufgeteilt werden.